

Beschluss des Beirates Gröpelingen

Fachausschuss Kinder, Bildung, Sport und Kultur

Der Fachausschuss fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, den Bildungsnotstand in Gröpelingen sofort mit wirkungsvollen Schritten zu entschärfen.

Vorweg möchte der Fachausschuss sein Unverständnis über die komplett fehlende Kommunikation seitens SKB mit dem Beirat zum Ausdruck bringen. Die Regionalkonferenz hatte längst stattgefunden bevor daran gedachte wurde, den Gröpelinger Beirat über die Veränderungen der Zügigkeiten in Kenntnis zu setzen.

Der Fachausschuss fordert die Senatorin für Kinder und Bildung zu folgenden Schritten auf:

1. Rücknahme der Planung zur Einrichtung eines fünften Zuges an den Grundschulen Halmerweg und Fischerhuder Straße. Beide Schulen sind räumlich nicht in der Lage einen fünften Zug aufzunehmen, ohne erhebliche Einbußen in der Qualität ihrer Arbeit hinzunehmen
2. Sofortiger Baubeginn einer Interimsschule mit dem Qualitätsstandard der Schule am Alten Postweg in Hastedt (Containerschule Standort Jakobsberg) als eigenständige neue Grundschule für die Aufnahme dieser beiden Klassen und künftiger weiterer Klassen
3. Erhalt der Räume des QBZ (Aufsuchende Bildungsberatung) im Altbau der Grundschule Fischerhuder Straße
4. Sofortiger Start der Planungen für eine neue Grundschule als Ablösung der Interimsschule
5. Beauftragung eines externen Gutachtens zur mittelfristigen Entwicklung der Schüler*innenzahlen. Dieses Gutachten sollte die zurzeit stattfindende Wohnraumverdichtung, die Neubaugebiete sowie die hohe Dynamik der globalen und europäischen Migration (z.B. Aufnahme neuer Staaten in die EU in Südosteuropa) berücksichtigen. Die Schulstandortplanung der SKB ist nicht in der Lage, eine angemessene Planung zu gewährleisten.
6. Erarbeitung einer Planung für die steigenden Schüler*innenzahlen, die in Kürze auf die Oberschulen zukommen.

Begründung:

Wiederholt hat der Beirat Gröpelingen und der Bildungsausschuss des Beirates auf Missstände hingewiesen und die Senatorin für Kinder und Bildung aufgefordert, Abhilfe zu schaffen. Wir haben bereits zu Beginn der Legislaturperiode eine wirkungsmächtige Kampagne zur Gewinnung von Fachkräften für Gröpelinger Schulen gefordert, wir haben am 03.06.2022 den Bau einer neuen Grundschule gefordert, wir haben immer wieder auf die besonderen Probleme und Herausforderungen der Bildungslandschaft in Gröpelingen hingewiesen.

Die pädagogische, räumliche und personelle Situation an Gröpelinger Schulen ist alarmierend. Durch den Fachkräftemangel und fehlende Räumlichkeiten kommt es zu einer dramatischen Überlastung der Schulen. Statt - wie von Fachleuten immer wieder gefordert - Ressourcen zur Entwicklung moderner, zukunftsfähiger Schulen in sozial herausfordernden Lagen zu mobilisieren, werden Gröpelinger Schulen alleingelassen mit den stetig wachsenden Herausforderungen. Stillschweigend werden Klassenfrequenzen erhöht, Assistenzstellen sind nicht besetzt, Räume für Differenzierung reichen nicht aus, die Testungen für Förderbedarfe spiegeln in keiner Weise den wirklichen Förderbedarf wieder, echte Inklusion bleibt auf der Strecke. Durch den dramatischen Fachkräftemangel haben die Schulen ihren Ganztagsbetrieb temporär teilweise oder ganz einstellen müssen. Unter diesen Bedingungen können die Schulen ihren Bildungsauftrag nicht mehr so wahrnehmen, wie es die Gröpelinger Kinder und Jugendlichen benötigen.

Zwar wurden erhebliche Mittel investiert für Neu- und Umbauten, aber die Planungen und umgesetzten Vorhaben sind nicht einmal geeignet, den mangelhaften Status Quo zu erhalten, sie wurden immer wieder von der Realität überholt. Aber anstatt die Forderung des Beirates vom 03.06.2022 (Stellungnahme zur Schulstandortplanung) zu realisieren, die Gründung einer neuen, vierzügigen Grundschule oder einer temporären Grundschule zum Beispiel am Schiffbauerweg 4, soll an der GS Fischerhuder Straße wieder und GS Halmerweg auch ein zusätzlicher fünfter Zug ab dem Schuljahr 2023/2024 eingerichtet werden. An der GS Fischerhuder Straße ist es bereits – gegen den Widerstand des Beirates – der zweite Jahrgang, der fünfzünftig werden soll.

Auch die Berechnungen der zukünftigen Bedarfe (Rückgang in 2027) erscheint in Kenntnis der örtlichen Realität nicht nachvollziehbar. Immer wieder zeigt sich, dass die Prognosen nicht eingetreten sind, sondern mit zu wenig Kindern kalkuliert wurde. Das muss für die Zukunft verhindert werden. Hier sei auf den Jugendbericht 2022 der Stadtgemeinde Bremen verwiesen, welcher bis 2030 von 10 bis rund 20 Prozent mehr Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 6 und 21 Jahren (also überwiegend Schüler*innen) ausgehen. Auf Seite 10 und 12 sind die Entwicklungen dargestellt.

Gleichzeitig wachsen die pädagogischen und sozialen Herausforderungen an den Schulen kontinuierlich: Der überwiegende Teil der Kinder hat mit Armut und gesellschaftlicher Exklusion zu kämpfen, die meisten Kinder benötigen umfangreiche Unterstützung, die ihnen das Elternhaus nicht geben kann. Schulen müssen in Gröpelingen das ausgleichen, was Eltern aufgrund prekärer sozialer Lagen und/oder traumatischer Flucht- und Kriegserfahrungen und/oder sprachlicher Probleme nicht leisten können. Für alle Schulen in Gröpelingen gilt: Die Förderung von W+E (Wahrnehmung und Entwicklung) ist die Regelaufgabe an Gröpelinger Schulen und nicht ein Spezialfall für eine kleine Gruppe von Schüler*innen.

An der GS Fischerhuder Straße sollen – wie bereits im vergangenen Jahr – die Räume des Quartiersbildungszentrums im Altbau geräumt werden, um Platz für die zusätzliche Klasse zu schaffen. Das Quartiersbildungszentrum verfügt neben den Räumlichkeiten im Neubau QBZ auch über zwei ehemalige Klassenzimmer im Altbau. Diese Räume gehören zum Bestand des QBZ und nicht zum Bestand der Schule und sollen nun dennoch komplett vom QBZ abgegeben werden. Zum Hintergrund: Das QBZ wurde unter anderem durch Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanziert. Da in den neu gebauten Räumen des QBZ auch die Mensa für den Ganztag realisiert wurde, wurden als Ausgleich die beiden Klassenräume im Altbau dem QBZ überlassen. Es stellt sich die Frage, ob durch die Umnutzung der Räumlichkeiten Ansprüche oder Regressforderungen durch die EU zu den EFRE Mitteln bestehen. In den QBZ-Räumen des Altbaus arbeitet die überregional anerkannte und überaus erfolgreiche Aufsuchende Bildungsberatung des QBZ, die vor allem für Gröpelinger Eltern eine wichtige Beratungsinstanz darstellt, um den Teufelskreislauf aus Armut, fehlender Bildung und Exklusion zu durchbrechen. Über 1000 Erwachsene wurden seit 2019 hier so beraten, dass sie einen eigenständigen Bildungsweg gehen konnten.

Auch an den Oberschulen herrscht dringende Enge und dramatischer Fachkräftemangel. Völlig unklar ist zudem, wo die nun geplanten zusätzlichen Klassen in vier bzw. drei Jahren in den Oberschulen untergebracht werden sollen.

Bereits am 9.11.22 hatte der Bildungsausschuss des Beirates Gröpelingen gefordert, dass die routinemäßige Neuberechnung des Sozialindikators nicht zu einer Verschlechterung der Situation der Gröpelinger Schulen führen dürfe, da alle Schulen im Stadtteil gleichermaßen mit immensen Herausforderungen zu kämpfen haben. Die Senatorin für Kinder und Bildung erläuterte in einer Stellungnahme vom 23.01.2023 das dem Beirat bereits hinlänglich bekannte System des Sozialindikators, das nur eine relative Betrachtung der Situation der Schulen untereinander erlaubt. Der Sozialindikator wurde ursprünglich geschaffen, um Schulen in besonders herausragenden Lagen zu unterstützen. In der zurzeit stattfindenden Mangelverwaltung führt dieses Instrument aber eher zu absurden Schwankungen in Klassengrößen, Stundenkontingenten etc. – ohne dass sich die reale Situation in den betreffenden Schulen verbessert hätte. Sie hat sich halt nur in anderen Schulen noch schneller verschlechtert.

(Beschluss einstimmig gefasst auf der Sitzung des Fachausschusses am 01.02.2023)